

Auf die Lehrerin und den Lehrer kommt es an. Deshalb: Lehrkräfte entlasten statt weiter belasten!

Die Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sind aufgrund der gestiegenen Heterogenität und der ständigen Übertragung neuer Aufgaben sehr belastet. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat die gestiegenen Belastungen bislang weitgehend ignoriert, die sie durch ihre Bildungspolitik (z.B. durch die Schulstrukturreform) maßgeblich mitverursacht hat. Die Anforderungen an den Unterricht wurden durch das schulgesetzlich verbriefte Versprechen nach individueller Förderung massiv erhöht. Gleichzeitig nimmt die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler zu (u.a. Inklusion, Migration), was zu einem deutlichen Mehraufwand bei der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts führt. Eine Anpassung der Rahmenbedingungen an diese neuen Gegebenheiten erfolgte nicht. Hinzu kommen veränderte gesellschaftliche Ansprüche, die dazu führen, dass Schulen und Lehrkräften immer mehr neue Aufgaben übertragen werden, allerdings ohne hierfür die erforderlichen Ressourcen zu erhalten. Digitalisierung und Medienbildung, Sprachförderung, Umgang mit Lernschwächen (z.B. Lese-Rechtschreibschwäche und Dyskalkulie), Suchtprävention, Verbraucherbildung – alle damit verbundenen Aufgaben erfordern ein großes Mehr an Absprachen und Kooperationen mit außerschulischen Partnern (z.B. Jugendämter und Arbeitsagenturen). Auch die schulinternen Abstimmungserfordernisse erhöhen sich dadurch (z.B. mehr Klassenkonferenzen, Dienstbesprechungen und Teamsitzungen). Mainz hat deshalb eine massive Ausdehnung der ungebundenen Arbeitszeit der Lehrkräfte zu verantworten.

Daneben wurden Eltern- und Schülerechte kontinuierlich ausgeweitet, was (auch) grundsätzlich nicht zu beanstanden ist. Allerdings vermissen viele Lehrkräfte gleichzeitig die Unterstützung der Landesregierung, wenn sozial-emotional auffällige Kinder und Jugendliche den Unterricht stören bzw. durch ihr z.T. aggressives Verhalten keinen Unterricht zulassen, Lehrkräfte bedrohen und tätlich angreifen. Auch im Umgang mit aggressiven und/oder koope-

rationsunwilligen Eltern fühlen sich viele Schulen und Lehrkräfte im Stich gelassen. Auch das belastet Lehrkräfte über die Maßen.

Wir haben dem Bildungsministerium aber auch den Parteien immer wieder deutlich angezeigt, dass sich die Anzeichen für die Belastungen in den Realschulen plus und den Integrierten Gesamtschulen nicht länger wegdiskutieren oder mit Best-Practise-Beispielen lösen lassen. Es entsteht der Eindruck, dass unser Dienstherr unsere permanente Verfügbarkeit und unsere Bereitschaft, immer neue Aufgaben zusätzlich anzunehmen, als Grundkonstante voraussetzt. Die Anzeichen, dass sich das „Nichthandeln“ und „Nichternstnehmen“ nun rächt, werden immer deutlicher. Gerade die Attraktivität des Arbeitsplatzes Realschulen plus schwindet rasant. Belege hierfür sind der Gesundheitsbericht des Instituts für Lehrgesundheit mit dem Schwerpunkt Realschulen plus, die zunehmende Anzahl an Gefährdungsanzeigen, der hohe Krankheitsstand, die schwindenden Zahlen der Studierenden und Anwärterinnen und Anwärter mit dem Lehramt Realschulen plus und das erkennbar gestiegene Desinteresse an der Übernahme von Schulleitungsstellen im Bereich Realschulen plus.

Das sind fatale Entwicklungen, denn das Lehramt Realschulen plus ist für die Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen im Interesse der dort beschulten Kinder und Jugendlichen unverzichtbar. Unsere Kolleginnen und Kollegen überzeugen mit ihrer Arbeit auch immer mehr Eltern. Das belegen die gestiegenen Anmeldungen in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen.

Der VRB fordert eine spürbare Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Wochenstunden und eine Erhöhung der Anrechnungstunden für besondere Aufgaben und Belastungen. Die sogenannte Drittelpauschale muss zu einer Vollpauschale ausgebaut werden. Unsere Lehrkräfte haben geliefert. Jetzt muss die Landesregierung endlich liefern!